

Presse S S C

Monatlich nehmen im Durchschnitt rund 200 Agenturmeldungen und Presseartikel Bezug auf das IAB. Eine kleine Auswahl an Zitaten aus dem Medienecho:

[Der Tagesspiegel]

",Für mehr Beschäftigung ist es sinnvoller, die Sozialabgaben zu senken als die Steuern', sagte Joachim Möller dem Tagesspiegel am Sonntag. Er ist Direktor des renommierten Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), das zur BA gehört. "Generell ist nicht die Mittelschicht die Problemgruppe auf dem Arbeitsmarkt', befand Möller. Vielmehr seien dies die gering Qualifizierten mit zum Teil sehr niedrigen Löhnen und die Langzeitarbeitslosen. Möller sprach sich zudem für einen generellen Mindestlohn von 6,50 Euro im Westen und 5 Euro im Osten aus." Der Tagesspiegel vom 1.6.2008

[Stuttgarter Nachrichten]

"Nur jeder achte Beschäftigte schafft den Sprung aus dem Niedriglohnsektor in ein besser bezahltes Arbeitsverhältnis. Das geht aus einer am Montag veröffentlichten Studie des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und des Lehrstuhls für Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik der Universität Nürnberg-Erlangen hervor. Demnach war jeder dritte Geringverdiener aus den Jahren 1998 und 1999 auch 2005 noch immer als Vollzeitbeschäftigter im Niedriglohnbereich tätig. Über die Hälfte der Geringverdiener hatte Abitur oder eine Ausbildung." Stuttgarter Nachrichten vom 10.6.2008

[Nürnberger Nachrichten]

",Wie viel Ungleichheit verträgt das Land', fragte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in seiner Reihe "Nürnberger Gespräche'. Die Antwort von Experten: Es droht eine Spaltung — und sie lässt sich ablesen an etlichen Trends. [...] Die Höhe des Lohnes habe gerade bei Spitzen-Einkommen nicht unbedingt mit Leistung zu tun, sagt IAB-Chef Joachim Möller und nennt ein extremes Beispiel. Der bestbezahlte Manager eines Hedgefonds in den USA habe in einem Jahr mehr verdient als alle 80 000 Lehrerinnen und Lehrer des Bundesstaats New York zusammen in drei Jahren. "Hat das wirklich etwas mit Leistung zu tun?', fragt er und kritisiert eine "Entkoppelung von Einkommen und Leistung, die nicht mehr nachvollziehbar ist'."

[DIE ZEIT]

"Statistisch betrachtet tut die Masse der Unternehmen weiterhin kaum etwas für die Förderung älterer Mitarbeiter. 'Die Chancen auf eine Weiterbildung sind für Ältere nur halb so hoch wie für andere Beschäftigte',

hat Lutz Bellmann vom Nürnberger Institut für Arbeitsmarktforschung herausgefunden. Nur jeder fünfte Betrieb praktiziert laut seiner Studie eine Gesund-

heitsvorsorge für die alternde Belegschaft, die über die gesetzlichen Mindestnormen hinausgeht." DIE ZEIT vom 26.6.2008

[VDI nachrichten]

"Über eigene Stellenanzeigen in Printmedien suchen knapp die Hälfte aller vom Institut für Arbeitsmarktund Berufsforschung (IAB) befragten Unternehmen neue Mitarbeiter. Auf diesem Wege finden Arbeitgeber bei rund jeder vierten Neueinstellung einen passenden Bewerber. Im Jahr 2004 wurde nur jede fünfte Stelle über diesen Weg besetzt. In Zeiten hoher und steigender Arbeitskräftenachfrage beschreiten die Betriebe vermehrt und erfolgreich wieder externe Wege bei der Suche nach Personal, auch jene, die mit Kosten verbunden sind, wie Inserate in Zeitungen, so die Arbeitsmarktforscher."

VDI nachrichten vom 11.7.2008

"Die Chancen auf eine

Weiterbildung sind für

Ältere nur halb so hoch

wie für andere

Beschäftigte."

[Frankfurter Allgemeine Zeitung]

"Wissensintensive Branchen gewinnen am Arbeitsmarkt zunehmend an Bedeutung. Im vergangenen Jahr entfiel jede dritte Neueinstellung einer Fachkraft mit Berufsausbildung oder Studium auf die forschungsintensiven Industrien und wissensintensiven Dienstleistungen, wie das Institut für Arbeitsmarkt-

und Berufsforschung ermittelt hat. Im Jahr 2000 war es noch jede vierte gewesen. Die Beschäftigungssituation in dieser so genannten Wissens-

wirtschaft hat sich seit Beginn des Jahrzehnts deutlich besser entwickelt als in der Gesamtwirtschaft." Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.7.2008 Presse IAB·Forum 2/08 79

[Süddeutsche Zeitung]

"Jugendliche in den neuen Ländern sind bei der Ausbildungssuche sehr mobil. In Brandenburg verlässt einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zufolge fast jeder Vierte das Land, in Sachsen-Anhalt sind es 17 Prozent, in Thüringen 15. In Westdeutschland beschränkt sich die Mobilität der Lehrlinge meist auf das eigene Bundesland. Nur nahe den Stadtstaaten Bremen und Hamburg ist das anders: In denen kommen ein Drittel der Lehrlinge aus dem Umland."

Süddeutsche Zeitung vom 6.8.2008

[Financial Times Deutschland]

"Die Konjunkturabschwächung wirft nach Erkenntnissen von Arbeitsmarktforschern erste Schatten auf den deutschen Arbeitsmarkt. So rechnet das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in den kommenden Monaten mit einer sinkenden Nachfrage nach Arbeitskräften. "Auf mittlere Sicht wird das Stellenangebot voraussichtlich weiter abnehmen", stellte das Forschungszentrum der Bundesagentur für Arbeit (BA) in einer gestern veröffentlichten Analyse fest. Insgesamt hatte das IAB im zweiten Quartal 2008 rund 1,13 Millionen offene Stellen ermittelt - und damit 15 000 weniger als im Vorquartal."

Financial Times Deutschland vom 12.8.2008

[Handelsblatt]

"Nicht nur die Firmenneugründungen, sondern auch die Zahl derjenigen, die in den Vorbereitungen für eine Existenzgründung steckten, sei in westdeutschen Großstadt-Regionen größer als auf dem Land oder im Osten Deutschlands, heißt es in einer am Freitag veröffentlichten Studie des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Eine Ausnahme bildeten lediglich Bayern und Baden-Württemberg, wo die Arbeitsmarktforscher fast über das ganze Land verteilt auf Gründungsaktivitäten gestoßen sind."

Handelsblatt vom 15.8.2008

[Frankfurter Rundschau]

"Hat die stärkere Lohnspreizung in Deutschland Jobs geschaffen? Die Frage sei schwer zu beantworten, weil viele Faktoren auf den Arbeitsmarkt wirken, sagt Ulrich Walwei, Vize-Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), der Frankfurter

Rundschau. Für ihn sprechen jedoch Indizien dafür, 'dass die Lohnspreizung den Beschäftigungsaufbau eher begünstigt hat'.

So sei in Deutschland früher ein Wirtschaftswachstum von rund zwei Prozent nötig gewesen, damit Jobs entstehen. Heute genüge ein Wachstum von einem bis 1,5 Prozent."

Frankfurter Rundschau vom 26.8.2008

[Berliner Zeitung]

"Die von Grünen und Wohlfahrtsverbänden geforderte Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes von 351 auf 420 Euro monatlich würde nach Berechnungen von Arbeitsmarktforschern jährlich rund zehn Milliarden Euro kosten. Zugleich würde dadurch die Zahl der Hartz-IV-Empfänger [...] um bis zu zwei Millionen höher, berichtete das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) unter Berufung auf Modellrechnungen."

Berliner Zeitung vom 3.9.2008

[dpa]

"Sogenannte Eingliederungszuschüsse der Jobcenter verbessern nach Erkenntnissen von Arbeitsmarktforschern die Berufschancen von Hartz-IV-Betroffenen erheblich. Knapp 70 Prozent der entsprechend geförderten Arbeitslosengeld-II-Empfänger hätten nach 20 Monaten noch immer eine reguläre Arbeit besessen, berichtete das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) am Donnerstag in Nürnberg. Auf ungeförderte Arbeitslose traf dies nur in 30 Prozent der Fälle zu."

dpa vom 4.9.2008

[DIE WELT]

"Die zurückgehende Arbeitslosigkeit entlastet den deutschen Steuerzahler: Im Jahr 2007 betrugen die gesamtfiskalischen Kosten der registrierten Arbeitslosigkeit in Deutschland 68 Mrd. Euro – das sind 27 Prozent weniger als 2004 (92 Mrd. Euro). 'Ein Arbeitsloser kostete den Staat 2007 durchschnittlich 17 900 Euro', sagte Eugen Spitznagel vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), das zur

"Ein Arbeitsloser kostete den Staat 2007 durchschnittlich 17900 Euro."

Bundesagentur für Arbeit (BA) gehört, der WELT. Die Gründe für die Entwicklung sind laut IAB die günstige Lage am Arbeitsmarkt und die Arbeitsmarktreformen. So wurde 2005 beispielsweise die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes deutlich verkürzt und die bisherige Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II zusammengelegt. Zudem ist die Arbeitslosigkeit von 2004 bis 2007 um 600 000 gesunken."

DIE WELT vom 24.9.2008

[ZEIT online]

"Nach Einschätzung von Arbeitsmarktexperten dürften die Erwerbslosenzahlen erstmals im Jahr 2009 wieder steigen. Die Finanzkrise werde sich nachhaltig auf das Investitionsklima auswirken, erklärte Eugen Spitznagel, Konjunkturexperte des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). "Diese Stimmungsverschlechterungen beeinflussen sicherlich auch den Arbeitsmarkt", unterstrich der Wissenschaftler." ZEIT online vom 30.9.2008

[dpa]

"Der für ganze Branchen geltende Flächentarifvertrag verliert nach Erkenntnis von Arbeitsmarktforschern immer mehr an Bedeutung. Im Jahr 2007 hätten solche Tarifverträge nur noch für 52 Prozent der Beschäftigten in der Privatwirtschaft gegolten, 1996 seien es noch 66 Prozent gewesen. Das geht aus einer am Mittwoch veröffentlichten Studie des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor. In Ostdeutschland ging der Anteil von 48 Prozent auf 33 Prozent zurück."

dpa vom 8.10.2008